



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 30. Januar 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-21-0005

Kommunale Auswirkungen des Gute-Kita-Gesetzes in Verbindung mit Programm zur Förderung der Erzieherausbildung - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2019 -

Am 1. Januar 2019 ist das Gute-Kita-Gesetz in Kraft getreten. Damit investiert der Bund bis 2022 insgesamt 5,5 Mrd. Euro in die Kinderbetreuung. Dabei ist es den Ländern überlassen, wie und wo sie das Geld des Bundes einsetzen. Allein zehn Handlungsfelder beschreibt der Bund, zu denen die Länder dann individuelle Verträge abschließen. Ein Handlungsfeld ist beispielsweise die „Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung“. Bereits am 18. Dezember 2018 stellte Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey ein neues Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher“ vor, das neben den 5,5 Mrd. Euro aus dem Gute-Kita-Gesetz weitere 300 Mio. Euro bis 2022 in die Gewinnung von Fachkräften investiert. Dieses sei als „Impuls für die Länder“ und damit für die Einrichtungen vor Ort zu verstehen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie bewertet der Magistrat das Gute-Kita-Gesetz und welche Schwerpunkte bei den beschriebenen Handlungsfeldern werden aus Sicht der Kommune präferiert?
2. Sieht der Magistrat Überschneidungen des Gute-Kita-Gesetzes und der Fachkräfteoffensive?
3. Wenn ja, welche Probleme könnten sich daraus ergeben?
4. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss über etwaige Auswirkungen von Ausführungsbestimmungen insbesondere aus Perspektive der Stadt Wiesbaden zu berichten, sofern sie durch den Hessischen Landtag beschlossen werden.
5. Der Magistrat wird gebeten, über den Hessischen Städtetag darauf hinzuwirken, dass das Land Hessen seiner Verpflichtung nachkommt, beide Programme unabhängig voneinander zu unterstützen.

Beschluss Nr. 0024

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie bewertet der Magistrat das Gute-Kita-Gesetz und welche Schwerpunkte bei den beschriebenen Handlungsfeldern werden aus Sicht der Kommune präferiert?

2. Sieht der Magistrat Überschneidungen des Gute-Kita-Gesetzes und der Fachkräfteoffensive?

3. Wenn ja, welche Probleme könnten sich daraus ergeben?

4. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss über etwaige Auswirkungen von Ausführungsbestimmungen insbesondere aus Perspektive der Stadt Wiesbaden zu berichten, sofern sie durch den Hessischen Landtag beschlossen werden.

5. Der Magistrat wird gebeten, über den Hessischen Städtetag darauf hinzuwirken, dass das Land Hessen seiner Verpflichtung nachkommt, beide Programme unabhängig voneinander zu unterstützen.

6. Hat der Magistrat schon Ideen oder Projekte, die an das Land gemeldet werden, um Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz zu erhalten?

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2019

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2019

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister